Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 48 (1954)
Heft: 10

Artikel: Ein Neger spricht : zum Freiheitstag der Kolonialvölker
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139937

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Neger spricht

(Zum Freiheitstag der Kolonialvölker)

Die am 26. September 1954 im «Mösli» versammelten Mitglieder der religiös-sozialen Vereinigung hörten im Anschluß an das Hauptreferat, das von Jesus und Israel und von der inneren Entwicklung Israels handelte, bedeutsame Worte eines schwarzen Bruders, Mr. Naboth Mokgatle aus Südafrika. Er war auf dem Wege nach England, wo er mehr für die Befreiung der Schwarzen tun zu können hofft, als dies in Südafrika derzeit möglich ist. Hier seine Ansprache:

«Das jüdische Volk hat zwei große Leidenszeiten durchgemacht – unter Pharao in Ägypten und in der Zerstreuung. Nahezu zweitausend Jahre war es auf der Suche nach einer nationalen Heimstätte. Wir freuen uns darum, daß heute der Staat Israel besteht. Wir Schwarzen in ganz Afrika haben kein Heim mehr, seit im 17. Jahrhundert die Weißen ins Land kamen. Sie sagten: ‚Wir bringen euch das Wort Gottes, eine Botschaft des guten Willens und der Brüderlichkeit.' Die Schwarzen, in gutem Glauben, vertrauten ihren Worten. Doch vergingen nur Stunden, bis der Führer der Weißen, Ian von Rybeck, seine Worte widerrief und erklärte: ‚Nicht ihr, nur der weiße Mann ist von Gott geschaffen, nur er ist Gottes Ebenbild.' Und er schuf zwei Kirchen, eine für die Weißen und eine für die Schwarzen. Und nicht ein Diener am Wort griff diese falsche Botschaft an, nicht einer wagte zu sagen, daß alle Menschen gleichen Ranges sind. Auch die später kamen, die katholische Kirche, die Lutheraner, sogar die Schweizer Kirche, hielten an der Trennung fest. Ian von Rybeck ermahnte die Weißen seinerzeit, sich nie mit den Schwarzen anzufreunden oder sie zu besuchen. So wurde es auch gehalten – dreihundert Jahre lang –, bis *Michael Scott* nach dem Zweiten Weltkrieg den Kampf aufnahm, und nicht in Worten, sondern durch die Tat. Dem Luxus, der ihm zur Verfügung stand, kehrte er den Rücken, er ging in die elenden Hütten der Schwarzen, um mit ihnen zu leben. Das war sein Protest gegen das Herrentum der weißen Rasse. Es ist aber auch eine Herausforderung an die Christenheit, den Kampf aufzunehmen gegen das, was hier im Namen Christi den Schwarzen angetan wird.

Bis zum Burenkrieg bestanden in Südafrika vier Zonen, jede mit einer eigenen Regierung und eigenen Unterdrückungsmaßnahmen. In den Jahren nach dem Burenkrieg beschlossen Engländer und Buren, die vier Provinzen zu vereinen. Aber nie wurde die schwarze Bevölkerung über die Verhandlungen informiert und noch weniger um ihre Meinung gefragt. Man behandelte sie wie das Vieh, das dahin getrieben wird, wo es dem Herrn paßt. Das erste Gesetz, das 1910 von Botha, dem Präsidenten der neuen Unionsregierung, erlassen wurde, war die Paßvorschrift für Schwarze und Gefängnisstrafen für jeden, der seine Ausweise nicht auf sich trägt. 1913 untersagte ein neues Gesetz, daß Schwarze Land besitzen

dürften, auch wenn sie die Mittel dazu hätten. 1912 versammelte ein schwarzer Intellektueller, Dr. Serma, die Häuptlinge der Schwarzen und sagte ihnen: ‚Brüder, die Weißen haben sich in einer Union zusammengetan, um uns zu unterdrücken. Wir müssen unsere eigene Union gründen.' Dies war der Anfang des ‚African Congreß'. Wir wurden damals wie Tiere behandelt, wir reisten in Viehwagen, wir durften das Trottoir nicht benützen – es hieß, wir seien eine stinkende Rasse, wir hätten Läuse, und wir könnten die Weißen anstecken. – Und wenn ein Schwarzer überfahren wurde, gab es kaum eine Untersuchung. (Keine Volkszählung der Schwarzen. Der Übersetzer.) 1948 brachte die Regierung Dr. Malan an die Macht. Sie erließ schon 1950 das sogenannte ‚Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus'. Dieses Gesetz war in Wirklichkeit nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen jeden Menschen gerichtet, der die Unterdrückung der Schwarzen bekämpfte. Es sah Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren für solchen Widerstand vor und verbreitete unter der schwarzen Bevölkerung große Angst und Hoffnungslosigkeit. Um über diese Stimmung hinwegzukommen, unternahmen wir es, 1951 jede Woche mitten in Pretoria Versammlungen abzuhalten. Erst Monate später wurden wir verhaftet und nach sieben Wochen Gefängnis vor Gericht gestellt. Wir wollten keinen Anwalt, es lag uns nicht daran, möglichst leicht wegzukommen. Wir nahmen es auf uns, zehn Jahre ins Gefängnis zu gehen, um so für unser Volk zu demonstrieren. Aber wir gingen nicht ins Gefängnis. Der Richter anerkannte, wir sprächen die Wahrheit. Weitere Delegiertenversammlungen in Bloemfontein und andernorts forderten Taten, Widerstand, kein bloßes Reden. 1952, am 26. Juni, kam es zur ersten Herausforderung. Gesetzen, die ohne die Mitwirkung von vier Fünfteln der Bevölkerung erlassen worden waren, mußte der Gehorsam verweigert werden. Mit uns waren die sogenannten Farbigen, das heißt die Mischlinge, die Inder und fortschrittliche Weiße. Unter ihnen befand sich Patrick Duncan, der Sohn eines früheren Gouverneurs, der Sohn Gandhis, die Schriftstellerin Freda Troup. Diese Demonstration des Widerstandes stärkte unser Zusammengehörigkeitsgefühl ungemein. Alles wollte dabei sein: Schüler, Studenten, Frauen mit kleinen Kindern verlangten ins Gefängnis zu gehen. Über siebentausend Personen wurden verhaftet, und die Regierung Malan war in großer Bedrängnis. Aber nicht ratlos. Sie machte sich an einige unserer Führer heran; diese wurden unsicher und ängstlich und waren schließlich bereit, die Kampagne einzustellen, ohne vorher unser Volk ins Vertrauen zu ziehen. Das konnte aber nicht das Ende unseres Widerstandes sein. Meine Freunde und ich verfaßten eine Petition an den Internationalen Gerichtshof im Haag, in der wir gegen die Regierung Malan Klage führten. Wir erklärten die von einer Minderheit uns auferlegte Verfassung als undemokratisch und ungültig und verlangten unter Darlegung unserer mißlichen Lage die Ausarbeitung einer neuen und demokratischen Verfassung. Ein Londoner Anwalt klärte uns aber darüber auf, daß der Haager Gerichts-

hof sich nur mit Streitigkeiten zwischen Regierungen befasse, und riet uns, die erwähnte Petition an die Vereinten Nationen zu richten. Wir ließen darauf unsere Anklageschrift in achtzig Exemplaren an die UNO abgehen, wo sie in der Septemberversammlung 1952 zur Behandlung kam. Das Resultat war, daß die UNO eine Kommission von drei Mitgliedern ernannte (je ein Mitglied aus Frankreich, Haiti und Chile) und die Malan-Regierung ersuchte, dieser Kommission behilflich zu sein, an Ort und Stelle die Verhältnisse zu untersuchen. Die Regierung der Union verweigerte nicht nur jede Zusammenarbeit mit der Kommission, sie verbot ihr auch die Einreise in die Südafrikanische Union. Die drei Mitglieder der UNO-Kommission verlegten darum ihre Tätigkeit nach Genf und sammelten dort Informationen, die sich auf die Verhältnisse in Südafrika beziehen. Im Bericht, den die Kommission seither der UNO eingereicht hat, finden sich alle unsere Anklagen erhärtet, ja er wird zu einer furchtbaren Anklage gegen die Regierung Malan.

Auf unser Verlangen hat die UNO seither die südafrikanische Regierung aufgefordert, einen Kongreß von Vertretern der ganzen Bevölkerung einzuberufen, mit dem Ziel, eine neue Verfassung ohne Farbenschranke auszuarbeiten. Natürlich ohne Erfolg. Heute sind wir nun soweit, diesen Plan selbst durchzuführen. Wir, die Schwarzen Afrikas, die Inder und Mischlinge und die fortschrittlichen Weißen werden im Juli 1955 in Johannesburg eine Versammlung von Vertretern des ganzen Volkes veranstalten. Auch die Regierung Malan, die verschiedenen Parteien sollen eingeladen werden, ihre Vertreter nach Johannesburg zu schicken, um über eine neue Verfassung zu beraten. Die Regierung ihrerseits sucht uns daran zu hindern, indem sie den Führern der Schwarzen verbietet, in den nächsten zwei Jahren an irgendeiner Versammlung teilzunehmen. Auf diese Art sind bereits über hundert führende Vertreter des ‚African Congreß' und seiner Verbündeten ausgeschaltet worden. Doch der Widerstandsgeist der schwarzen Bevölkerung wächst, und neue Führer treten an unsere Stelle.

Welches Geistes die Regierung ist und mit welch schäbigen Mitteln sie die Schwarzen niederzuhalten sucht, zeigt ihr neues Schulgesetz, das im Januar 1955 in Kraft treten soll. Was die Schwarzen bisher an Schulung erhielten, hatten sie den Missionsschulen zu verdanken. Diese Schulen, sagt die Regierung, hätten den Schwarzen eine falsche Erziehung vermittelt. So sollen sie jetzt vom Staat übernommen werden, wobei die Missionsschulgebäude dem Staat vermietet werden. Der Staat stellt die neuen Lehrer, die den Kindern der Schwarzen die sogenannte ‚Bantu-Erziehung' geben sollen. Die Kinder dürfen nicht über die untersten zwei Schulstufen hinausgelangen, sie sollen weder von Geographie noch von Geschichte zu hören bekommen und alles in allem nur dazu abgerichtet werden, die niedrigsten Dienste zu leisten. Leider finden sich die Missionare mit dieser Neuerung ab, solange sie den Kindern Religionsunterricht erteilen dürfen.

Dieses Vorgehen der Faschistenregierung Malans ist eine Herausforderung der menschlichen Gesellschaft.

Ich danke den Schweizern für ihr menschliches Verhalten und für ihre Gastfreundlichkeit mir gegenüber. Es wird mir schwerfallen, meine Landsleute zu überzeugen, daß nicht alle Europäer gleich sind, ja daß wir überall in der Welt Freunde haben.»

Fügen wir dieser Darstellung noch bei, daß die calvinistische Kirche Südafrikas (Dutch Reformed Church), auf deren Kanzeln Malan einst predigte, in engster Verbindung mit der Regierung arbeitet, ja daß die Resolutionen ihrer Synode in den Regierungsverlautbarungen Malans regelmäßig ihren Niederschlag finden.

Erinnern wir uns schließlich, daß die Weltkirchenkonferenz von Evanston, an der die calvinistische Kirche Südafrikas natürlich auch vertreten war, sich über die Rassenfrage wie folgt ausspricht:

«Die zweite Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirche erklärt ihre Überzeugung, daß die Rassentrennung in allen ihren Formen im Gegensatz zum Evangelium steht und daß sie unvereinbar ist mit der christlichen Lehre vom Menschen und mit der Kirche Christi. Die Vollversammlung legt es den Kirchen nahe, innerhalb ihrer Mitgliedschaft alle Formen von Rassentrennung und -diskriminierung zurückzuweisen und auf deren Beseitigung innerhalb ihres eigenen Lebens und in der menschlichen Gesellschaft hinzuarbeiten.»

WELTRUNDSCHAU

Der Gegenstoß Die amerikanische Diplomatie hat nicht lange gewartet, um – soweit das überhaupt noch möglich ist – den Zusammenbruch ihrer Weltpolitik aufzuhalten, der sich (wir haben es in unserer letzten Rundschau nachgezeichnet) immer deutlicher offenbart. Insbesondere Staatssekretär Dulles entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit, um zu retten, was noch zu retten ist, und naive Propagandisten spenden ihm bereits hohes Lob für die Erfolge, die er dabei errungen haben soll. «Der Staatssekretär», so berichtet zum Beispiel der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 2433),

«hat heute schon den Ruf eines Außenministers, der ‚etwas zustande bringt'. Seit er im Amte ist, sind Fragen wie Korea, Indochina, Iran, Guatemala geregelt worden. Die Frage der europäischen Verteidigung, das heißt die deutsche Frage, ist auf dem Wege zur ‚Lösung', und bald wird auch das Problem von Triest bereinigt sein.»

Schauen wir zu, *wie* die genannten Fragen geregelt, bereinigt und gelöst worden sind. Von Guatemala wollen wir schweigen; die Schande